

Pressemitteilung

Bonn, 15.11.2021

Asymetrische Machtverhältnisse werden durch bewaffnete Auseinandersetzungen verstärkt



Am heutigen Montag wurde eine Aktivistin vom Amtsgericht Bonn zu einem Bußgeld von 200€ verurteilt. Im Rahmen der „Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen“ besetzte sie im vergangenen Sommer zusammen mit 19 weiteren Kriegsgegner*innen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) Altmark, um den Übungsbetrieb zu stören. Vor dem Gericht protestierten Unterstützer*innen im Rahmen einer Mahnwache gegen die Kriegsübungen der Bundeswehr und die Verhängung von Bußgeldern für Aktivist*innen.

Tilde Friede, Studentin aus Leipzig beginnt mit einer Hoffnung: „Der Schritt dahin, dass Aktionen wie die, die wir im September vergangenen Jahres durchgeführt haben, als gerechtfertigte Maßnahme des politischen Ausdrucks auch im rechtlichen Sinne eingeordnet werden, muss offensichtlich noch gegangen werden und mit jedem Mal, dass hier eine Person aus ähnlichen Gründen wie ich heute steht, kommen wir dem vielleicht ein Stück näher.“

Ihre Hauptargumentation bezieht sich auf Zitate der Women’s International League for Peace and Freedom: „Die ansteigende Nutzung von Kriegswaffen wirkt sich extrem auf die Umwelt, die gesellschaftlichen Strukturen und die Marginalisierung strukturell benachteiligter Gruppen aus.“ Weiter zitiert sie: „Durch die Anwendung von Gewalt, insbesondere durch den Einsatz von Waffen, werden bestehende asymmetrische Machtverhältnisse zwischen Gruppen und Geschlechtern verfestigt und Vulnerabilitäten gesteigert. Gerade in Konfliktzonen resultiert dies in Vertreibung und Enteignung, verhindert den Zugang zur Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen und löst wirtschaftliche und humanitäre Notlagen aus. Die Lebensbedingungen, allen voran die Ernährungssicherheit und die Teilhabe am Sozial- und Gesundheitssystem werden stark beeinträchtigt. Frauen sind von den Folgen von bewaffneten Konflikten und Krieg überproportional betroffen, haben meist erschwerten Zugang zu politischer Teilhabe, medizinischer Versorgung oder Gerechtigkeit. Sie leiden vermehrt unter sexualisierter und geschlechtsspezifischer Kriegsgewalt. Trotzdem hält Deutschland an einer expandierenden Waffenexportpolitik fest und stellt sich als aktive Partnerin für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle dar, in der Menschenrechte als Priorität der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden.“ (”Deutsche (Ab)Rüstungspolitik: Eine intersektional-feministische Analyse der WILPF.“, Herausgegeben von Jennifer Menninger und Victoria Scheyer, Berlin 2021.)

Sie endet ihre Einlassung mit den eindringlichen Worten: „Ich bin des Weiteren der Meinung, dass die tatsächliche Verunmöglichung der Übungen auf dem Platz für einen kleinen Zeitraum für mich ein angemessenes Mittel des politischen Ausdrucks darstellt, denn in dem Moment, in dem wir als Gruppe auf dem Platz aktiv eine alternative Nutzung für ein paar Stunden lebten – also dort Workshops abhielten, miteinander aßen und ins Gespräch kamen – eine Utopie lebten, die ich und viele meiner Mitaktivist*innen in unserem politischen Aktivismus anstreben. Wir wollen in einer Welt leben, in der zivile Konfliktlösung die Begründerin eines tatsächlich gelebten Begriffs von Frieden und Sicherheit ist, der alle Menschen gleichsam miteinschließt, und genau jene Ungerechtigkeiten abschafft, die durch Militarisierung immer nur verstärkt werden.“

Das Gericht konnte leider kein juristisch rechtfertigendes Moment in ihrem Handeln feststellen und verurteilte die Aktivistin zu einem reduzierten Bußgeld von 200€.

Das „Gefechtsübungszentrum Heer“ nördlich von Magdeburg ist mit seinen 232 km² und der genutzten Technik einer der modernsten Truppenübungsplätze Europas. Soldat*innen aus vielen Nato-Ländern werden dort auf ihre Auslandseinsätze vorbereitet, selbst Häuserkampf wird dort geübt.

Für die Besetzung des Truppenübungsplatzes Altmark im August 2020 bekamen in den vergangenen Monaten 20 Aktivist*innen Bußgeldbescheide in Höhe von 200 bis 500 Euro.

Die Prozessreihe wird am 18.11.2021 mit zwei Prozessen (10.30 Uhr und 11.30 Uhr) fortgesetzt.

Pressefotos der Aktion 2020 können zur freien Verwendung hier heruntergeladen werden:

<https://www.flickr.com/photos/junepa/albums/7215771006490141>

Pressekontakt:

Katja Tempel

0160- 44 00 206

kontakt@gewaltfreie-aktion-guez-abschaffen.de

www.gewaltfreie-aktion-guez-abschaffen.de